

Bankenfusion: Sozialistische Staatsgläubigkeit versus praktische Vernunft

Von Peter Helmes

Der Traum von einer international wettbewerbsfähigen Großbank – ein Blüentraum

Nein, die Sozis lernen es nicht. Der Umgang mit Geld ist ihnen nur dann nicht fremd, wenn´s um das eigene geht.

Sie lernen auch nicht aus der Erfahrung der Geldgeschichte der jüngsten Vergangenheit. Wie so oft, läßt sich die Politik offenbar von schierer Größe blenden – getreu der gehabten (falschen) Überzeugung: „too big to fail“ – zu groß, um pleitegehen zu können.

Ein ökonomischer Wahnsinn, der mit richtig verstandener Marktwirtschaft nicht das Geringste, mit sozialistischer Schwärmerei aber umso mehr zu tun hat. Und so nimmt das Verhängnis seinen Lauf.

Es ist müßig, darüber zu raisonieren, wer am Elend der Deutschen Bank AG und der Commerzbank schuld ist. Der Glanz der früheren Jahre ist dahin und einem tiefen Schatten gewichen.

Das ist die Stunde der Staatsgläubigen. Rettung muß her, und die kommt vom Staat – das alte Mantra der Sozialisten. Und flugs fordert der sozialistische Finanzminister Scholz eine aus einer Fusion hervorgehende Großbank.

Das aber verhieße sowohl dem Steuerzahler als auch den Kunden nur Unheil. Hat die Politik denn nichts aus der (nur wenige Jahre vergangenen) Finanzkrise gelernt? Eine wichtige Erkenntnis der Bankenkrise (2008) lautete letztlich, daß Größe kein Garant für Erfolg ist. Zudem birgt es die Gefahr, daß der Staat mit Steuergeld zu Hilfe eilen muß, wenn´s klemmt. Bei Deutscher und Commerz-Bank klemmt´s aber schon jetzt arg. Beide schleppen hausgemachte Probleme mit sich rum, die noch längst nicht gelöst sind. Beide Bankhäuser sind – ohne Scheuklappen gesagt – international nicht wettbewerbsfähig.

Demgegenüber haben die amerikanischen Geldhäuser aus der Krise gelernt und verdienen heute wieder richtig gutes Geld. Aber unser Finanzminister glaubt offensichtlich an eine Wunderheilung: Wenn man zwei Schwerkranke in ein gemeinsames Bett lege, steige ein Gesunder raus. Und wenn der wieder krank wird, springt Väterchen Staat ein. So einfach geht sozialistische Denke – die mich immer wieder an den boshafte Witz erinnert:

„Schenk Sozis eine Wüste, und Du findest nach vier Jahren keinen Sand mehr.“

Scholz übergeht blind und frech eine alte Binsenweisheit: Gerade im nationalen und internationalen Kreditgewerbe muß an erster Stelle die Antwort auf die Frage stehen, ob ein solches Projekt angesichts der realen Zahlen wirtschaftlich sinnvoll ist. Blüenträume eines Möchtegern-Kanzlers sind es gewiß nicht. Und zur Anfangsfrage zurückzukommen: Nein, gelernt haben die Sozis aus der Bankenkrise offenbar nichts. Da sind nicht Ökonomen am Werk, sondern Gesellschaftspolitiker – also Umverteiler.

Sie haben nicht nur nichts gelernt, sondern scheinen sogar immun gegen ökonomische Vernunft geworden zu sein. Die geplante Lahmen-Fusion kriert ex ovo die Gefahr, in der

nächsten Krise zu einem Grab für Steuermilliarden zu werden. Und hinter vorgehaltener Hand hört man, daß nicht nur Ökonomen, sondern auch die betroffenen Bankvorstände alles andere als mit freudiger Erwartung das Vorgehen von Scholz beobachten.

Es irritiert allerdings, daß gerade das von der SPD geführte Finanzministerium der Fusion das Wort redet. Im Interesse des „kleinen Mannes“ ist der Zusammenschluß sicherlich nicht. Eine ökonomisch sinnlose Fusion also.

19.03.2019